

An die
Bundesministerin für Bildung und Forschung
Frau Dr. Annette Schavan
Platz der Republik
11011 Berlin

Telefax: (030) 22 77 67 94
E-Mail: annette.schavan@bundestag.de

Schulreform in Hamburg

08.04.2009

Sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Schavan,

wir schreiben Ihnen im Namen vieler Eltern, die in großer Sorge um die Zukunft der Schulausbildung in Hamburg sind.

Wie Ihnen bekannt ist, plant die Hamburger Schulsenatorin, Frau Christa Goetsch, mit ausdrücklicher Unterstützung von Ole von Beust in Hamburg eine weitreichende Schulreform. Diese Schulreform soll bereits in diesem Sommer beschlossen und ab Sommer 2010 umgesetzt werden.

Im Rahmen dieser Reform soll das gesamte Hamburger Schulsystem umstrukturiert werden. Die 4jährige Grundschule soll um zwei Jahre verlängert werden und als 6jähriges Modell Primarschule heißen. Daran anschließen sollen sich einerseits das Gymnasium und andererseits die Stadtteilschule. Das Gymnasium soll nach den Plänen von Senatorin Goetsch innerhalb von nur 6 Jahren (Jahrgangsstufen 7-12) die Schüler zum Abitur nach insgesamt 12 Jahren führen. Auf der Stadtteilschule sollen der Hauptschulabschluss nach Klasse 9, der Realschulabschluss nach Klasse 10 sowie das Abitur nach Klasse 13 erreicht werden können.

Zahlreiche Hamburger Eltern, die mittlerweile auch in etlichen Initiativen organisiert sind, weisen seit Monaten öffentlich und in Schreiben an die Senatorin und die anderen politischen Vertreter dieser Stadt auf die eklatanten Mängel der geplanten Schulreform und die damit unweigerlich folgenden Nachteile für die Hamburger Schüler(innen) hin. Darüber hinaus wird durchweg die unglaubliche Hast kritisiert, mit der die Reform – mit Blick auf die nächste Landtagswahl in Hamburg- über das Knie gebrochen werden soll. Dadurch sind viele elementare Aspekte der Reform nicht zu Ende gedacht worden und mit groben handwerklichen Fehlern behaftet.

Kritisch sind besonders die folgenden Punkte, die sich u.a. aus der Broschüre „Rahmenkonzepte für Primarschule, Stadtteilschule und das sechsstufige Gymnasium“ der Hamburger Behörde für Schule und Berufsbildung vom Februar 2009 ergeben:

1) Kostspielige Baumaßnahmen

Um die bislang 4jährige Grundschule um zwei Jahre zu verlängern, bedarf es erheblicher Baumaßnahmen. Keine Grundschule in Hamburg hat genügend Platz, um die Jahrgänge 5 und 6 aufzunehmen. Dieser Platz müsste in Form von Neubauten oder Containern geschaffen werden. Gleichzeitig werden in den weiterführenden Schulen aufgrund der dort dann fehlenden Jahrgänge 5 und 6 viele Räume leer stehen. Diese paradoxe Situation wird Millionen an Steuergeldern verschlingen, die dann an anderer Stelle für notwendige

inhaltliche Maßnahmen fehlen. Neue Klassenzimmer bringen jedoch keine inhaltlichen Verbesserungen.

2) Primarschulen als Neugründungen

Die geplanten Primarschulen werden von Senatorin Goetsch als Neugründungen eingestuft, obwohl es sich tatsächlich um die Erweiterung bestehender Grundschulen handelt. Die Leiter(innen) der geplanten Primarschulen sollen nach dem Willen von Senatorin Goetsch von der Hamburger Schulbehörde eingesetzt, statt in dem im Hamburger Schulgesetz vorgesehenen Findungsverfahren bestimmt zu werden.

Es liegt auf der Hand, dass die Schulbehörde auf diese Weise versucht, die reichlich bestehende Kritik unter den Grundschulleitern/innen zu unterdrücken und gezielt Primarschulleiter(innen) einzusetzen, die der Reform positiv gegenüber stehen. Ein solches Vorgehen erinnert an andere, undemokratische Gesellschaftsformen.

3) Abschaffung von Klassenverbänden und Klassenlehrern/innen

In den Klassenstufen 1 bis 6 sollen Klassengemeinschaften und Klassenlehrer(innen) abgeschafft werden. Statt dessen soll in der geplanten Primarschule jahrgangsübergreifender Unterricht über vier Altersklassen hinweg (Vorschlag der Schulbehörde in ihren Rahmenkonzepten, Seite 11: Vorschule bis einschließlich Klasse 3) stattfinden. Schon die Erstklässler werden sich in einem Kurssystem mit ständig wechselnden Mitschülern und sogenannten Jahrgangsteams von 7 bis 10 Lehrkräften (bei jahrgangsübergreifendem Unterricht auch mehr) wiederfinden. Die für junge Schüler so wichtige emotionale Bindung zu einem/r Klassenlehrer(in) und zu einer festen Klassengemeinschaft wird nicht möglich sein. Keine der eingesetzten Lehrkräfte wird für die einzelnen Schüler(innen) in besonderer Weise verantwortlich sein, wie dies jetzt der/die Klassenlehrer(in) ist. All dies bei einem Schüler-Lehrerverhältnis von ca. 25:1.

4) Alle Leistungsniveaus gemeinsam in den Klassenstufen 1 bis 6

In den Klassenstufen 1 bis 6 sollen Schüler(innen) aller Leistungsstufen vom Hauptschul- bis zum Gymnasialniveau ohne äußere Differenzierung gemeinsam lernen. Völlig ungeklärt und von der Schulbehörde nicht beantwortet ist allerdings die Frage, wie dem erheblichen Leistungsunterschied -bis zu 1½ Jahre bereits in der 4. Klasse- Rechnung getragen werden soll. Erfahrungsgemäß geht die Leistungsschere in der 5. und 6. Klasse erheblich weiter auf.

Um unter diesen Umständen allen Schülern/innen gereicht zu werden, bedürfte es eines stark binnendifferenzierten Unterrichts. Dieser erfordert eine dafür besonders geschulte Lehrerschaft, die Einstellung von weiteren qualifizierten Lehrkräften, die Bereitstellung von entsprechenden Räumlichkeiten (für Gruppen- bzw. Förder-/Forderunterricht) und die Erstellung von geeignetem Unterrichtsmaterial.

All diese Voraussetzungen können nicht innerhalb eines Jahres bis zum Sommer 2010 geschaffen werden. Sowohl die Fortbildung aller ca. 17.000 Lehrer(innen) in Hamburg, als auch die Schaffung von notwendigen Räumlichkeiten und die Entwicklung von geeignetem Unterrichtsmaterial würde Jahre dauern. Die erforderlichen weiteren Lehrkräfte werden aufgrund des Lehrermangels in Deutschland in absehbarer Zeit nicht zur Verfügung stehen. Dies bestätigen auch Hamburger CDU-Politiker in Gesprächen. Ohnehin könnten zusätzliche Lehrkräfte entsprechend den Ausbildungszyklen des

Lehrernachwuchses nur nach und nach eingestellt werden und nicht, wie im Rahmen dieser Schulreform benötigt, auf einen Schlag im Sommer 2010.

Ohne die Schaffung der genannten Rahmenbedingungen werden die Hamburger Lehrkräfte aber keinen Unterricht anbieten können, der auf die erhebliche Leistungsbreite in den zukünftigen Primarschulklassen zugeschnitten ist. Weder leistungsschwache noch leistungsstarke Schüler(innen) werden gezielt gefördert und gefordert werden können, weil die Anforderungen dazu einfach zu unterschiedlich sind. Die sich zwangsläufig verschlechternde Unterrichtsqualität wird eine Absenkung des Schulbildungsniveaus zur Folge haben wird.

5) Abschaffung von Noten

Noten im herkömmlichen Sinne sollen im Rahmen der Schulreform weitgehend abgeschafft werden.

Statt dessen soll es ab der Klassenstufe 1 jährlich zwei Lernentwicklungsgespräche geben, die in eine schriftliche Lernvereinbarung zwischen den Schülern, den Eltern und Lehrkräften münden. Am Ende eines Schuljahres sollen Lernentwicklungsberichte erstellt werden.

Grundlage dieser Gespräche soll die Dokumentation der individuellen Kompetenzentwicklung der Schülerin bzw. des Schülers sein. Allerdings ist das Gros der Hamburger Lehrkräfte für die geplante Dokumentation der individuellen Kompetenzentwicklungen der Schüler(innen) und auch für die vorgesehenen Lernentwicklungsgespräche nicht ausreichend ausgebildet. Die demnach notwendige Fortbildung der Hamburger Lehrkräfte hat noch nicht einmal begonnen, Angebote dazu gibt es vom zuständigen Lehrerinstitut noch nicht. Es wird nicht möglich sein, alle Hamburger Lehrkräfte bis zum Sommer 2010 entsprechend fortzubilden.

Ab der Klassenstufe 4 soll es über die Lernentwicklungsgespräche, Lernvereinbarungen und Lernentwicklungsberichte hinaus Bewertungen aus einem Punktesystem von 1 bis 10 geben. Allerdings ist dieses Punktesystem bislang weder entwickelt noch praxiserprobt. Entsprechend kennen die Hamburger Lehrkräfte diese Art der Beurteilung nicht und müssten bis zum Sommer 2010 auch darin nachhaltig fortgebildet werden. Selbst wenn sofort mit der Fortbildung begonnen würde –was allerdings nicht möglich ist, da es dieses Punktesystem wie gesagt noch nicht gibt- könnten bei weitem nicht alle Hamburger Lehrkräfte innerhalb nur eines Jahres bis zum Sommer 2010 entsprechend geschult werden.

Noten im herkömmlichen Sinne wird es nur noch im Halbjahreszeugnis der 6. Klasse und ab dem Ende der 9. Klasse geben. Die Noten im Halbjahreszeugnis der 6. Klasse werden sogleich mitentscheidend dafür sein, ob ein Kind eine Gymnasialempfehlung erhält oder nicht. Es ist jedoch sehr problematisch, dass ein Schulkind und seine Eltern vor der 6. Klasse keine verlässlichen Anhaltspunkte über seine Leistungsbewertung im Notensystem erhalten. Es ist damit unmöglich, in den vorhergehenden Klassenstufen ggf. Maßnahmen zu ergreifen, um die Voraussetzungen für das Erlangen einer Übergangsberechtigung zu schaffen.

Natürlich ist es zu begrüßen, wenn die Beurteilung von Schülern möglichst differenziert erfolgt. Allerdings ist nicht nachvollziehbar, weshalb das geplante Punktesystem von 1 bis 10 differenzierter sein soll als das herkömmliche

Notensystem von 1+ bis 6 mit seinen 16 Abstufungen.

Darüber hinaus ist abzusehen, dass den Hamburger Lehrkräften bis zum Beginn der geplanten Umsetzung der Schulreform nicht das notwendige Rüstzeug an die Hand gegeben werden wird, um mit dem Punktesystem zu arbeiten.

Schließlich wird das Punktesystem nicht stadtweit einheitlich angewandt werden. Nach der bisherigen Planung ist es Sache jeder einzelnen Schule, Kompetenzraster und das Beurteilungssystem zu entwickeln. Damit wird es für Schulkinder zur Glückssache, welche Maßstäbe ihre Schule und ihre Lehrer anlegen. Eine Vergleichbarkeit zwischen den Schulen ist auf diese Weise nicht möglich.

Insgesamt mögen Berichtszeugnisse differenzierter sein, allerdings sind sie intransparenter. Dies betrifft besonders die Eltern von Schülern mit Migrationshintergrund, aber auch deutsche Muttersprachler. Die Zeugnissprache eröffnet, ähnlich wie im Arbeitsrecht, weite Interpretationsspielräume, insbesondere, wenn sie von jeder einzelnen Schule oder sogar von jedem Lehrer, individuell gefasst wird.

6) Reduzierung der Bildungsvielfalt

Es gibt in Hamburg eine Reihe von weiterführenden Schulen, die besondere Profile anbieten. Dazu gehören musische, sportliche, bilinguale, naturwissenschaftliche und humanistische Ausrichtungen. Diese Profile sind bei den Hamburger Schülern sehr gesucht und werden erfolgreich unterrichtet.

Diese Profile sollen nach dem Willen von Senatorin Goetsch in die Klassenstufen 4 bis 6 der Primarschulen verlagert werden. Was zunächst gut klingt, erweist sich bei näherer Betrachtung als leere Versprechung, da undurchführbar. Viele weiterführende Schulen bekommen aufgrund ihrer besonderen Profile ihre Schüler von bis zu 30 Grundschulen. Es ist personell schlicht nicht möglich, ein Profil, das bislang an einer weiterführenden Schule angeboten wurde, nunmehr an 30 Primarschulen anzubieten. Es wird daher zu einer Reduzierung der bisher in Hamburg bestehenden Bildungsvielfalt kommen. Gleichzeitig wird die Entscheidung über die weiterführende Schule nicht nach hinten sondern nach vorne verlagert, weil Eltern sich gezwungen sehen werden, für ihr Kind die Primarschule auszuwählen, die über das richtige Profil für die weiterführende Schule verfügt. Ein absurdes und praktisch unlösbares Unterfangen.

Darüber hinaus soll und kann ein Profil an einer Primarschule nur dann angeboten werden, wenn eine entsprechend große Zahl der Schüler es wählt. Damit kann sich das Profilangebot von Jahrgang zu Jahrgang ändern, je nachdem, wie die Interessenlage ist. Eltern können daher nicht sicher sein, dass an der Primarschule ihres Kindes tatsächlich das von ihnen gewünschte Profil angeboten wird. Damit wird u.U. eine Umschulung in der 4. Klasse in eine Primarschule mit dem gewünschten Profil notwendig sein, bevor es in der 7. Klasse einen weiteren Wechsel gibt. Außerdem wird es dazu führen, dass Familien mit mehreren Kindern im Primarschulalter verschiedene Primarschulen anwählen müssen, um den jeweiligen Neigungen ihrer Kinder gerecht zu werden. Von dem Motto „Kurze Beine, kurze Wege“ und dem Prinzip einer Grund- bzw. Primarschule für alle Kinder einer Familie bleibt dann nicht mehr viel übrig.

7) Pendeln der Lehrkräfte

Die Lehrer(innen), die bisher an den weiterführenden Schulen die Jahrgänge 5 und 6 unterrichtet haben, sollen dies nun an den jeweiligen Primarschulen tun. Dies soll über eine stunden- oder tageweise Abordnung dieser Lehrkräfte erfolgen. Die abgeordneten Lehrer(innen) werden damit einen erheblichen Anteil ihrer Arbeitszeit auf der Straße beim Pendeln zu den Primarschulen verbringen. Diese Zeit geht den Schulkindern verloren und bedeutet gleichzeitig eine massive Verschwendung von Steuergeldern.

Darüber hinaus werden diese Lehrer(innen) aufgrund ihrer Abordnung zwei oder mehr (je nachdem, an wie vielen Primarschulen sie unterrichten) Kollegien angehören mit der Folge, dass sie an der mehrfachen Anzahl von Konferenzen teilnehmen und die entsprechend mehrfache Zeit für Verwaltungsarbeit aufwenden müssen. Auch diese Zeit geht den Hamburger Schulkindern verloren.

8) Abschaffung des Elternwahlrechts

Das Elternwahlrecht hinsichtlich der weiterführenden Schulen soll abgeschafft werden. An seine Stelle sollen, wie sich aus den Rahmenkonzepten, Seite 16 ergibt, gewichtet folgende Elemente treten:

- a. Lernentwicklungsbericht zum Ende des ersten Halbjahres der 6. Klasse (in dessen Erstellung die Hamburger Lehrkräfte noch nicht geschult sind und bis zum Sommer 2010 auch nicht alle geschult werden können);
- b. Kompetenzfeststellungsverfahren, für die empirisch belastbare Tests zur Individualdiagnostik entwickelt werden sollen. Dies ist ein Widerspruch in sich. Um festzustellen, ob ein Test empirisch belastbar ist, sind jahrelange Anwendung und Auswertung notwendig. Die Tests für das Kompetenzfeststellungsverfahren hingegen sind noch nicht einmal entwickelt worden. Man wird also erst in einigen Jahren sehen, ob sie tatsächlich empirisch belastbar sind oder schlicht nichts taugen. Die Schüler(innen), auf die bis dahin die Tests angewendet werden, werden einstweilen als Versuchskaninchen missbraucht.
- c. Einschätzungen der Lehrkräfte aufgrund von standardisierten Instrumenten (die ebenfalls noch nicht entwickelt und erprobt worden sind).

Diese drei Elemente sollen bindend darüber entscheiden, ob ein Kind nach Klasse 6 auf ein Gymnasium oder eine Stadtteilschule wechselt.

Die Abschaffung des Elternwahlrechts stellt einen verfassungswidrigen Eingriff in das Erziehungsrecht der Eltern dar. Ebenso schlimm ist, dass die Verfahrensweisen, die ab dem Sommer 2010 an die Stelle des Elternwahlrechts treten sollen, noch nicht einmal entwickelt und demnach nicht in der Praxis bewährt sind und dass die Hamburger Lehrkräfte in der Kürze der Zeit nicht ausreichend in ihrer Anwendung geschult werden können. Damit werden Zufälligkeit und Willkür Tür und Tor geöffnet werden, die durch die Eltern nicht mehr korrigiert werden können.

9) Beschränkung der Gymnasiasten auf ca. 30% eines Jahrgangs

Die Zahl derjenigen Schüler, die nach den Regeln der Schulreform eine Gymnasialempfehlung erhalten werden, soll auf ca. 30% eines Jahrgangs begrenzt werden. Dies steht im krassen Gegensatz zu den über 50% der Grundschüler(innen), die 2009 auf den Hamburger Gymnasien angemeldet worden sind. Senatorin Goetsch begründet die von ihr geplante Beschrän-

kung damit, dass die Stadtteilschulen erfolgreich werden müssen, wozu auch ein Gutteil gymnasialer Schüler benötigt werde. Statt die Eltern mit guten Stadtteilschulen zu überzeugen, greift die Senatorin zu Zwangsmaßnahmen.

Die Abschaffung des Elternwahlrechts, gepaart mit der Quotenbegrenzung für Gymnasiasten, soll das langfristige Ziel von Senatorin Goetsch, die Einführung einer Einheitsschule für alle, vorbereiten. Dazu gehört die Stärkung der Stadtteilschule bei gleichzeitiger Schwächung und später Schließung der Gymnasien.

10) Schwächung und schließlich Zerstörung der erfolgreichen Schulen

Im Rahmen der Schulreform werden nach dem Rasenmäherprinzip auch die erfolgreichen weiterführenden Schulen in Hamburg geschwächt und etliche von ihnen kaputt machen.

Zum einen werden erfolgreiche Langformschulen (bisher Klassen 1 bis 12 bzw. 13) in eine Primarschule und in eine weiterführende Schule aufgeteilt. Damit werden die erfolgreichen Konzepte, die gerade aus der Langform resultieren, ohne Not abgeschafft.

Zum anderen werden verschiedene weiterführende Schulen (bisher ab Klasse 5) aufgrund der fehlenden Jahrgänge 5 und 6 zu wenig Schüler haben, um einen eigenständigen Betrieb zu rechtfertigen und es wird als Folge dessen etliche Schließungen geben. Davon werden besonders die Gymnasien betroffen sein. Sie verlieren auf einen Schlag die Klassen 5, 6 und 13, denn der letzte G9-Jahrgang schließt 2010 die Schule ab. Durch die Abschaffung des Elternwahlrechts und die durchschnittliche Herabsenkung der Gymnasiastenquote auf ca. 30% verlieren die Gymnasien also über ein Drittel ihrer Schüler und folglich auch Lehrer. Auf diese Weise werden die Gymnasien gezielt ausgeblutet.

Abgesehen von der Reduzierung der Schülerzahlen werden die besonderen Profile (müsisch, bilingual, sportlich, humanistisch) der weiterführenden Schulen nur noch zwei Jahre kürzer angeboten werden und zu einem Zeitpunkt beginnen (in der 7. Klasse), in dem die Kinder am Beginn der Pubertät stehen und damit stark mit sich selbst beschäftigt sind. In dieser Phase ist es sehr schwierig, sie beispielsweise für musische oder humanistische Inhalte zu begeistern.

Darüber hinaus sollen die weiterführenden Schulen zukünftig in der 7. Klasse auch Kinder bekommen, die in den Klassenstufen 5 und 6 nicht im besonderen Profil der jeweiligen weiterführenden Schule unterrichtet worden sind. Die weiterführenden Schulen müssen dann den besonderen Profilverunterricht (beispielsweise Musik oder Latein) auf zwei Niveaus anbieten: für Anfänger und für Kinder, die dieses Profil in der 7. Klasse bereits im 3. Jahr lernen. Es ist abzusehen, dass es auf diese Weise zu einer Verwässerung der Profile kommen wird.

In der Oberstufe führt die niedrigere Schülerzahl ebenfalls zu einer Ausdünnung der Bildungsvielfalt, für die so viele Jahre hart und erfolgreich gearbeitet wurde.

Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb im Rahmen der geplanten Schulreform erfolgreiche Profile und Elemente der Hamburger Schullandschaft kaputt gemacht werden müssen. Eine sinnvolle Schulreform muss gezielt die

Schwachstellen des Schulsystems angehen, die funktionierenden Elemente jedoch bewahren und stärken. Werden im Zuge der Reform die Stärken eines Systems zerstört, kann unter dem Strich keine Verbesserung des Ganzen erreicht werden.

11) Schulreform nach Legislaturzeitplan

Sowohl Kritiker als auch Befürworter bemängeln unisono die Eile, mit der die geplante Schulreform umgesetzt werden soll. Dazu erklärt Senatorin Goetsch immer wieder, dass sie die Reform auf jeden Fall bis 2010 durchsetzen will, sonst werde es in dieser Legislaturperiode nichts mehr. Machtpolitische Ambitionen haben also Vorrang vor einer sauberen inhaltlichen Arbeit – zum Nachteil der Hamburger Schüler(innen).

Die Hamburger Lehrkräfte und Schulen sollen nach dem Willen von Senatorin Goetsch innerhalb nur eines Jahres bis zum Sommer 2010:

- zwei Einschulungstermine pro Jahr organisatorisch und inhaltlich ermöglichen;
- die Grundsätze des binnendifferenzierten und individualisierten Unterrichts meistern und sie sicher umsetzen;
- Fortbildungen absolvieren, um weiteren pädagogischen Anforderungen gerecht zu werden (Gymnasiallehrer sollen dann auch Haupt- und Realschüler unterrichten, GHR-Lehrer sollen dann auch Gymnasiasten unterrichten);
- Jahrgangsteams mit 7-10 Kollegen/innen bilden und in dieser Konstellation reibungslos zusammen arbeiten;
- jahrgangsübergreifenden Unterricht für vier Altersklassen (Vorschule bis 3. Klasse) methodisch entwickeln und umsetzen;
- die Gesprächsführung für Lernentwicklungsgespräche beherrschen;
- Lernentwicklungsberichte und schriftliche Lernvereinbarungen erstellen;
- (noch nicht entwickelte und erprobte) Kompetenzfeststellungsverfahren anwenden;
- (noch nicht entwickelte und erprobte) standardisierte Instrumente für ihre Einschätzung im Rahmen der Feststellung der Übergangsberechtigung nach Klasse 6 einsetzen;
- ein (noch nicht entwickeltes und erprobtes) Punktesystem in den Klassenstufen 4-9 anwenden;
- sicherstellen, dass die von der Schülerschaft auf den weiterführenden Schulen anzustrebenden Profile aufgrund entsprechender Vorbereitung in den Jahrgängen 4-6 auch gewählt werden können;
- die Zusammenarbeit der Kollegen von bis zu 4 Standorten einer Primarschule organisatorisch bewerkstelligen;

Abgesehen von der inhaltlichen Kritik der im Rahmen der Schulreform geplanten Änderungen überfordert Senatorin Goetsch die Hamburger Lehrerschaft mit ihrem Mammutprogramm zeitlich maßlos. Hier sollen Struktur und Inhalt des Hamburger Schulsystems innerhalb nur eines Jahres komplett umgemodelt werden, koste es was es wolle. Dass dies nicht funktionieren kann, erschließt sich dem gesunden Menschenverstand.

12) Jetzige und zukünftige Grundschüler sind Versuchskaninchen

Wie oben dargestellt, wird das Primarschulsystem bis zum Sommer 2010 weder räumlich noch personell solide vorbereitet sein. Gleichwohl sollen die jetzigen Zweit- und Erstklässler und auch die Erstklässler des Schuljahres 2009/2010 ab dem nächsten Sommer im neuen System zur Schule gehen. Sie werden damit aus ideologischen und machtpolitischen Gründen als Ver-

suchskaninchen missbraucht. Sie werden eine Schulumgebung vorfinden, die von unausgegorenen Konzepten geprägt ist. Sie werden von Lehrern/innen betreut werden, die die vielen neuen Anforderungen bis dahin nicht werden annehmen können und deren Arbeitszeit von organisatorischen und koordinatorischen Aufgaben zu Lasten pädagogischer Arbeit aufgezehrt wird. Zudem ist völlig unklar, in welchen Räumlichkeiten oder Containern ihr Unterricht stattfinden wird. All dies soll gleichwohl geschehen, weil eine Senatorin ihre ideologisch getriebene Reform um jeden Preis durchsetzen will, während ihr Koalitionspartner, die Hamburger CDU, diesen Kurs um des Machterhalts willen unterstützt.

Die Verbesserung des Hamburger Schulsystems ist keine Frage von Strukturen, sondern von Inhalten. Niemand in Hamburg bezweifelt, dass eine Reform nötig ist, um das Schulsystem hier zu verbessern. Allerdings wird diese geplante Schulreform keine Verbesserung bringen und muss deshalb verhindert werden.

Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb die in Hamburg unstrittig notwendigen Verbesserungsmaßnahmen

- geringere Klassengrößen
- mehr qualifizierte Lehrkräfte
- mehr Fortbildung für alle Lehrer zur Umsetzung zeitgemäßer Unterrichtsmethoden (individualisierter Unterricht, Gruppenarbeit ergänzend zum Frontalunterricht)
- mehr Räume für zeitgemäßen Unterricht
- eine bessere Ausstattung der Schulen

nicht schon im jetzigen System ergriffen werden.

Es ist für uns ebenso wenig nachvollziehbar, dass Hamburgs 1. Bürgermeister, Herr von Beust, die Senatorin Goetsch bei dieser Schulreform öffentlich unterstützt, obwohl die oben aufgezeigten eklatanten Probleme bestehen.

Wir alle kennen die Spielregeln der Demokratie und die Tatsache, dass es sachliche Zwänge gibt, wenn eine Koalition gebildet wird. Es ist in Hamburg ein offenes Geheimnis, dass die Hamburger CDU bei den Koalitionsverhandlungen der Partei GAL das Schulressort überlassen hat, um im Gegenzug die Zustimmung zum Bau des Kohlekraftwerks Moorburg und zur Vertiefung der Elbe zu erhalten.

Die Koalitionsräson kann jedoch nicht so weit gehen, dass ein Projekt, in diesem Fall die geplante Schulreform, ohne jedes Augenmaß und unter Außerachtlassung des gesunden Menschenverstandes durchgepeitscht wird, nur weil es im Koalitionsvertrag so vereinbart wurde und dies nach einer Wahl, bei der die GAL nur 9,6% und die CDU immerhin beachtliche 42,6% der Stimmen erreicht hat.

Wir erwarten von den Regierenden dieser Stadt, dass sie ihre Amtsgeschäfte zum Wohle der Menschen ausüben. Sachliche Gründe müssen Vorrang vor ideologischen Überzeugungen haben.

Diese Anforderungen erfüllt, neben der GAL, auch die CDU in Hamburg gegenwärtig nicht mehr. Sie führt die Amtsgeschäfte nicht mehr zum Wohle der Menschen, sondern zum eigenen Wohle, nämlich zum Machterhalt. Sachliche Argumente werden beiseite geschoben und Probleme ignoriert, um dem Juniorpartner in der Koalition gefällig zu sein. Das Interesse dahinter ist der Verbleib im Rathaus als eine der regierenden Parteien. Viele CDU-Bürgerschaftsabgeordnete an der Basis stimmen

den Schulreform-Plänen von Senatorin Goetsch keineswegs zu, sondern lehnen sie ab. Die Führung der CDU in Hamburg unterdrückt jedoch Kritik aus den eigenen Reihen. Ob dahinter die Order aus Berlin steht, die schwarz-grüne Koalition in Hamburg auf jeden Fall bis zur Bundestagswahl in diesem Jahr aufrecht zu erhalten, um ein Modell für ein mögliches Bundesmodell Schwarz-Grün zu haben oder ob die Hamburger CDU-Führung aus eigenem Antrieb handelt, um die Koalition und damit ihre Macht nicht zu gefährden, sei letztlich dahingestellt.

In jedem Fall sind viele CDU-Wähler von dieser Taktiererei tief enttäuscht. Politikverdrossenheit ist so leicht erklärlich. Für diese vielen Menschen ist die CDU, wenn sie weiterhin den Steigbügelhalter für die Schulreform abgibt, nicht mehr wählbar, weder auf Landes- noch auf Bundesebene. Die letzten Umfragen in Hamburg haben der hiesigen CDU bereits deutliche Verluste beschert. Den Grund dafür wollen einige CDU-Politiker, zumindest öffentlich, noch nicht wahrhaben: es ist die Unterstützung der geplanten Schulreform. Die Umfragewerte von Senatorin Goetsch fielen gar um 15% auf nur noch 28% (Die WELT, 26.01.2009).

Unsere zahlreichen Appelle an die Führungsriege der CDU in Hamburg haben nichts bewirkt. Dort verschließt man Augen und Ohren vor sachlichen Argumenten und will die massiven Probleme, die die Schulreformpläne mit sich bringen, nicht wahrnehmen. Besorgte und engagierte Eltern, die ihre Kritikpunkte äußern, werden statt dessen als destruktiv diffamiert und ihr Vorbringen als elitär abgetan.

Wir wenden uns daher an Sie. Zum einen wollen wir Sie in Ihrer Eigenschaft als Bundesministerin für Bildung und Forschung darüber informieren, welche Gefahren für die Schulbildung in Hamburg bestehen. Zum anderen wollen wir Ihnen als Mitglied der Bundes-CDU-Führung zur Kenntnis bringen, dass sehr viele CDU-Wähler in Hamburg sich von Ihrer Partei abwenden und sich dies schon bei der anstehenden Bundestagswahl zeigen wird, sofern die Hamburger CDU diese unsägliche Schulreform weiter unterstützt. Dabei arbeitet die Zeit gegen die CDU. Je länger dort gezögert wird, desto verheerender wird letztendlich das Ergebnis für die CDU ausfallen.

Mit freundlichen Grüßen und im Namen vieler kritischer Eltern

Dr. Nicola Byok

Dr. Katja Conradi

Julia Düttmann

Susanne Gernandt

Dr. Heike Heinemann

Dr. Christiane Mangold

Ina Nowack

Susann Rüschoff

Konstanze Siegel

Marina Stürken

Anna von Treuenfels

Beatrice Wachs